

FS-20 NEU Solidarität mit den mutigen iranischen Frauen und ihrem Kampf für Freiheit

Gremium: BAG Migration & Flucht, Gollaleh Ahmadi (KV Berlin-Spandau) u. a.
Beschlussdatum: 13.10.2022
Tagesordnungspunkt: FS Wertegeleitet, multilateral, handlungsfähig: grüne Friedens- und Sicherheitspolitik in der Zeitenwende

Antragstext

- 1 Bündnis 90/Die Grünen stehen ungebrochen solidarisch an der Seite der Menschen, die
- 2 im Iran leben. Menschen- und insbesondere Frauenrechte müssen gewahrt und geachtet
- 3 werden. Wir solidarisieren uns mit dem inspirierenden Mut allen voran iranischer Frauen, die trotz
- 4 aller Repressionen für ihre Freiheit und für ihre Rechte im Iran auf die Straße gehen.
- 5 Bündnis 90/Die Grünen mit ihren Wurzeln in der Bürger*innen-Bewegung stehen
- 6 national wie international Feministinnen, der Klima- und Bürgerrechtsbewegung, den LGBTQI-
- 7 Aktivist*innen und der Eine-Welt-Bewegung und ihrem Kampf für Freiheit, Gleichheit, Menschen- und
- 8 Bürger*innenrechte bei. Menschenrechte und Frauenrechte gehören weder „dem
- 9 Westen“ noch „dem Osten“, sie sind universell und in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
- 10 verbrieft.
- 11 Wir verurteilen die Repression und brutale Gewalt durch die Islamische Republik
- 12 entschieden.
- 13 Die Bestrebungen nach politischer und religiöser Freiheit, Selbstbestimmung und
- 14 Demokratie im Iran unterstützen wir ausdrücklich. Im Iran werden Menschen-, Bürger*innen- und
- 15 Frauenrechte systematisch missachtet und verletzt.
- 16 Angehörige ethnischer und religiöser Minderheiten wie etwa Kurd*innen,
- 17 Balutsch*innen, Baha'is, oder Sufis sind im Iran oft vielfachen Diskriminierungen und Verfolgungen
- 18 ausgesetzt. Aufgrund diskriminierender Gesetze sind Homosexuelle und andere
- 19 sexuelle Minderheiten (LGBTQI) im Iran regelmäßig der Gefahr von Belästigung, Gewalt und
- 20 sogar dem Tod ausgesetzt.
- 21 Jedes Jahr werden Millionen von Frauen im Iran staatlich organisiert angehalten,
- 22 schikaniert und sanktioniert, weil sie das Kopftuch „nicht korrekt“ tragen. Langjährige
- 23 Gefängnisstrafen und Misshandlungen während der Haft sind an der Tagesordnung. Seit der
- 24 Amtsübernahme des iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi ist die Verfolgung von Frauen durch die

sogenannte
23 Moralpolizei weiter verschärft worden.

24 Friedliche Proteste werden unterdrückt und niedergeschlagen. Unzählige Fälle von
25 Verschwindenlassen sind dokumentiert, diese Dokumentation wird vom Staat allerdings
schlicht
26 ignoriert. Journalist*innen, Regierungskritiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen
und
27 zivilgesellschaftliche Aktivist*innen werden willkürlich festgenommen und oft ohne faire
28 Gerichtsverfahren verurteilt. Häufig erleiden politische Gefangene in der Haft Folter und

29 Misshandlungen und ihnen werden notwendige medizinische Behandlungen
vorenthalten.

30 Seit den Protesten von 2019 haben die iranischen Justizbehörden den Preis für
friedlichen
31 Dissens dramatisch erhöht und Dutzende von Menschenrechtsverteidiger*innen und -
32 aktivist*innen zu jahrzehntelangen Haftstrafen verurteilt. Schwerwiegende Missbräuche
durch
33 die Sicherheits- und Geheimdienstbehörden bei den landesweiten Protesten von
November 2019
34 werden bis heute vertuscht, genauso wie die zahlreichen Todesopfer der Proteste. Laut
eines
35 umfangreichen Berichts von Amnesty International sind insgesamt rund 7000 Männer,
Frauen und
36 auch Kinder innerhalb weniger Tage festgenommen, gefoltert und misshandelt worden.
Dadurch
37 seien zweifelhafte „Geständnisse“ über Teilnahmen an Demonstrationen, Mitgliedschaft
in
38 Oppositionsgruppen sowie Kontakte zu ausländischen Regierungen und Medien
erzwungen worden.
39 Darüber hinaus wurden einige junge Männer auf Grundlage des Vorwurfs, sich während
der
40 Proteste an gewalttätigen Ausschreitungen beteiligt zu haben, zum Tode verurteilt und
41 hingerichtet.

42 Wir fordern die Regierung Irans auf, die Diskriminierung und Verfolgung von
43 Menschenrechtsverteidiger*innen, religiösen und ethnischen Minderheiten, Frauen,
LGBTQI,
44 Journalist*innen, Umweltaktivist*innen, anders Denkenden und Oppositionellen
einzustellen.

45 Wir begrüßen, dass die Bundesregierung auf Rechtsstaatlichkeit sowie auf die
Einhaltung der
46 Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts dringt. Die Initiative der
Bundesregierung,
47 bei der EU die Verantwortlichen für die Gewalt der iranischen Sicherheitskräfte in das
EU-
48 Sanktionsregime aufzunehmen, sowie die schnelle Aktualisierung des Lageberichtes
Iran des
49 Auswärtigen Amtes als Grundlage für die Entscheidungspraxis des BAMF im
Asylverfahren zu
50 nehmen, ist folgerichtig.

51 Angesichts der aktuellen Lage im Iran halten wir die Aussetzung von Abschiebungen in
52 den
53 Iran für dringend geboten.

54 Aufgrund einer falschen Einschätzung der Sicherheitslage durch die Große Koalition in
55 Afghanistan und dem Iran wurden Personen abgeschoben, die sich nichts zu Schulden
56 kommen
57 ließen und zum Beispiel direkt von ihren Ausbildungsplätzen abgeschoben wurden. Sie
58 sehen
59 sich nun mit der katastrophalen Lage in diesen Ländern konfrontiert. Wir wollen, dass
60 die
61 dreijährige Einreisesperren für diesen Personenkreis aufgehoben wird.

62 Geschlechtsspezifische Verfolgung, etwa durch diskriminierende Kleidungs Vorschriften,
63 bei
64 deren Missachtung den Betroffenen martialische Strafen drohen, sollen konsequent,
65 vollumfänglich und grundsätzlich im Asylverfahren anerkannt werden.

66 Bündnis 90/Die Grünen setzen sich auf Bundes- und Landesebene dafür ein, dass die
67 nach
68 Deutschland geflohenen Iraner*innen, die bisher nur eine Duldung haben, ein
69 Bleiberecht oder
70 mindestens einen subsidiären Schutzstatus im Folgeasylverfahren erhalten. Zudem
71 wollen wir,
72 dass häufiger und schneller humanitäre Visa für akut bedrohte
73 Menschenrechtsverteidiger*innen erteilt werden.

74 Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass die Bundesregierung im Rahmen der EU
75 und
76 gemeinsam mit internationalen Partner*innen zusammenarbeitet, um der iranischen
77 Bevölkerung
78 zu helfen, Informationen frei und sicher im Internet und anderen Medien zu
79 produzieren,
80 zugänglich zu machen und auszutauschen. Menschenrechtsverletzungen durch hohe
81 Beamte der
82 iranischen Regierung müssen unabhängig untersucht, die Verantwortlichen zur
83 Rechenschaft
84 gezogen werden. Dafür sind personenbezogene EU-Sanktionen von Einreisesperren bis
85 hin zum
86 Einfrieren von Vermögenswerten geeignet. Auch eine Einstufung der maßgeblich für die
87 Gewalt
88 im Iran verantwortlichen Gruppen der Revolutionsgarden (Pasdaran) und der Milizen
89 der
90 Basidsch als Terrororganisationen ist für uns vorstellbar.

91 Zudem verlangen wir faire rechtsstaatliche Verfahren für alle Inhaftierten im Iran und
92 die
93 sofortige und bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen,
94 Menschenrechtsverteidiger*innen und LGTIQ-Aktivist*innen. Auch die Abschaffung
95 inhumaner
96 Strafen wie Peitschenhiebe, die Einhaltung der Mindestgrundsätze der VN für die
97 Behandlung
98 der Gefangenen (Nelson-Mandela-Regeln) und die vollständige Umsetzung der

- 80 Generalversammlungsresolution zur Menschenrechtssituation im Iran von 2021 ist
überfällig.
- 81 Dazu gehört auch die notwendige Änderung des Art. 48 der iranischen
Strafprozessordnung
- 82 dahingehend, dass allen Angeklagten endlich das Recht gewährt wird, durch eine
83 Verteidiger*in ihrer Wahl vertreten zu werden und Zugang zu einem fairen Verfahren im
- 84 Einklang mit dem VN-Zivilpakt zu erhalten.
- 85 Die Todesstrafe muss abgeschafft werden. Erst recht, wenn gegen die seitens des Iran
86 ratifizierte VN-Kinderrechtskonvention Minderjährige hingerichtet werden. Auch diesen
87 schulden wir unsere Solidarität und unsere Aufmerksamkeit.

Begründung

Die Antragsteller*innen von FS-20 und FS-21 haben sich in Absprache mit dem Bundesvorstand auf diesen neuen Text FS-20 NEU geeinigt. Dieser ersetzt FS-20 und FS-21.